

Interessengemeinschaft Jungen, Männer und Väter

Pressegespräch am 30.09.16 im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin

„Bedürfnisse der Männer wieder sichtbar machen“

Interessengemeinschaft Jungen, Männer und Väter fordert Ende der Diskriminierung und Neustart in der Geschlechter- und Familienpolitik/Anhörungsrecht für Männerlobby/ Skandal um wissenschaftlich nicht belastbare PETRA-Studie: Bundesfamilienministerium interveniert gegen Väter.

BERLIN (30.09.16) – Einen Neustart in der Geschlechter- und Familienpolitik hat die bundesweite Interessengemeinschaft Jungen, Männer und Väter (IG JMV) gefordert. „Wir brauchen neue politische Strukturen und einen neu ausgerichteten geschlechterpolitischen Diskurs in Deutschland: Die Bedürfnisse der Männer müssen wieder sichtbar werden“, betonte Sprecher Gerd Riedmeier bei einem Pressegespräch am Freitag (30.09.16) in Berlin (www.ig-jungen-maenner-vaeter.de).

Der alleinige Blick auf ein Geschlecht ist laut Riedmeier historisch überholt. Frauen und Männer sollten in ihren jeweils unterschiedlichen, aber auch gemeinsamen Bedürfnissen wahrgenommen werden.

Väter und Mütter gleichbehandeln

In der Familienpolitik sollten Mütter und Väter Riedmeier zufolge gleichberechtigt behandelt werden, ein Kind das Recht auf Betreuung durch beide Eltern haben, sagt der 59-jährige zertifizierte Mediator aus dem bayerischen Wasserburg. Rund 200.000 Kinder sind bundesweit jährlich neu von Scheidung oder Trennung ihrer Eltern betroffen.

Die IG JMV fordert die Abkehr vom Leitbild der 1950er Jahre: Demnach gehörte das Kind nach der Trennung zur Mutter, der Vater zahlte. Junge Familien organisieren laut Riedmeier heute ganz selbstverständlich ihr Familienleben partnerschaftlich. Nach der Trennung finden sie sich jedoch in Strukturen wieder, die auf alte Zeiten zurückweisen. Hauptleidtragende seien oftmals die bundesweit 2,4 Mio. getrennt erziehenden Väter.

Dem Bundesfamilienministerium fällt es laut Gerd Riedmeier schwer, die aufgelöste Paarbeziehung weiter als „System“ zu verstehen und anzuerkennen. „Dieser defizitäre Ansatz muss korrigiert werden“, fordert er. „Die Familie besteht aus dem Beziehungsgeflecht Vater – Mutter – Kind, unabhängig vom Bestehen einer Paarbeziehung.“

Ein offener Diskurs sei von der Politik nicht gewünscht. „Zeitgemäße und ganzheitliche Familienpolitik nimmt jedoch die Bedürfnisse von Müttern, Vätern und Kindern gleichermaßen ernst.“ Zu den Bereichen, in denen die Politik nachlegen muss, zählt Riedmeier gleiche Rechte und Pflichten für Mütter und Väter bei Kindesbetreuung und Barunterhalt, die steuerliche Anerkennung von Familien unabhängig vom Familienstand, eine angemessene Regelung des Scheinvater-Regresses bei „Kuckuckskindern“ sowie eine zeitgemäße Definition von Vaterschaft.

Doppelresidenz, Düsseldorfer Tabelle und Ehegattensplitting

So fordert die IG JMV das Recht der Eltern ein, gleichberechtigt getrennt zu erziehen (shared parenting). Kernforderung ist es, die Doppelresidenz als gesetzlichen Standard einzuführen. Damit soll es Familiengerichten ermöglicht werden, so Thomas Penttilä, 1. Vorsitzender von „Trennungsväter e. V.“

(Amberg/www.trennungsvaeter.de), die paritätische Betreuung – wie in anderen westlichen Ländern üblich – gegen den Willen von Elternteilen anzuordnen. Das bestehende Vetorecht desjenigen Elternteils, bei dem das Kind gemeldet ist, sei aufzuheben, so der 46-jährige selbstständige Handelsvertreter.

Die Düsseldorfer Tabelle, die auf Trennungen mit ausschließlicher Betreuung durch einen Elternteil und Barunterhalt durch den anderen abzielt, soll nach Ansicht von Andre Rossnagel, 2. Vorsitzender des Väter-Netzwerks (Stein bei Nürnberg/www.vaeter-netzwerk.de) durch ein „Rosenheimer Modell“ ersetzt werden. Dieses Modell setzt die zeitliche Betreuung und den Barunterhalt ins jeweilige Verhältnis. Rossnagel (46) fordert weiter, das Einkommensteuerrecht für Familien unabhängig vom Ehestand zu ändern. Das Ehegattensplitting soll abgeschafft werden und durch Freibeträge ersetzt werden, so der dreifache Vater und Unternehmer.

Skandal um „PETRA“: Nur Mütter werden gehört

Jüngstes Beispiel für die Benachteiligung von Vätern sind die skandalösen Vorgänge um die PETRA-Studie „Kindeswohl und Umgangsrecht“ (www.projektpetra.de), die seit 2015 formal das Wohl von Kindern nach Trennungen untersuchen sollte. Das Auftrag gebende Bundesfamilienministerium intervenierte im Sommer 2016 beim durchführenden Institut der Universität Bremen und erwirkte, dass getrennt erziehende Väter faktisch nicht mehr gehört werden dürfen. Die Ergebnisse der Studie werden so zwangsläufig und vorsätzlich verzerrt: „Kindes-entfremdende Mütter dürfen gehört werden, die entsprechenden Väter dagegen nicht“, kritisiert Hartmut Wolters, 1. Vorsitzender des Väteraufbruchs für Kinder, Kreisverein Köln e. V. und Düsseldorfer Kreis, die Studie.

Der tendenziöse Forschungsansatz wird nach Einschätzung von Thomas Penttilä durch den einseitigen Einfluss der Mitwirkenden noch gesteigert. In Internetforen und sozialen Medien würde dazu aufgerufen, an der Studie teilzunehmen, um negativ über Väter und die gleichberechtigte Betreuung zu berichten. „Diesem Aufruf wird zahlreich Folge geleistet“, hat der Vorsitzende von Trennungsväter e. V. beobachtet. Sein Fazit: „Die Einflussnahme des Bundesfamilienministeriums lässt im Ergebnis eine verzerrte Studie befürchten, die wissenschaftlich nicht belastbar sein wird.“

„Zeit der stillen Väter ist vorbei“

Die IG JMV fordert die Bundesregierung auf, Männer nicht länger zu diskriminieren und verlangt ein angemessenes Mitspracherecht in allen relevanten politischen Prozessen. „Ich fühle mich als Vater durch Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig nicht vertreten“, sagt Andre Rossnagel.

Im Gegenteil: Als Vater empfinde er sich „vollkommen diskriminiert“ und nicht von der Politik wahrgenommen. Das Bundesfamilienministerium widme sich gerne und zu Recht Minderheiten, 20 Mio. aktive Väter und ihre Belange blieben jedoch außen vor. „Das muss sich ändern. Die Zeit der Stille von Vätern ist vorbei!“, so Rossnagel.

Anhörungsrecht gefordert

Männer haben nach Ansicht von Gerd Riedmeier in der aktuellen Politik wenig Gelegenheit, ihre legitimen Interessen zu vertreten. Das zuständige Bundesministerium schließe Männer zwischen 20 und 65 Jahren bereits in seinem Namen aus: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Auch würden authentische Männervertreter weder durch das Bundesministerium noch durch die Ausschüsse des Deutschen Bundestages gehört. „Die Bedürfnisse der Männer werden unsichtbar gemacht.“ Deshalb fordert die IG, einen „Runden Tisch“ auf der Ebene des zuständigen

Bundesfamilienministeriums einzurichten und einen kontinuierlichen und institutionalisierten Dialog zwischen dem Ministerium und der IG Jungen, Männer und Väter zu beginnen.

Politik für Chancengleichheit

Es bedarf laut Thomas Walter, 1. Vorsitzender von Mandat e. V. (Erlangen, www.mandnat.de) eines ganzheitlichen Ansatzes im geschlechterpolitischen Diskurs. Die IG JVM sieht zeitgemäße Geschlechterpolitik als „Politik für Chancengleichheit“. Diese Chancengleichheit werde bereits im Bildungssystem verletzt. Jungen gelten laut Walter derzeit als „Bildungsverlierer“. Ein Grund dafür sei u. a. das Fehlen von männlichen Lehrkräften im Vorschul- und Grundschulbereich. Weiter sei ein Männergesundheitsbericht in Ergänzung der zahlreichen Frauengesundheitsberichte nötig. Beim Thema häusliche Gewalt gelte es, so der 48-jährige Diplom-Informatiker, die bestehende einseitige Parteinahme aufzugeben und Hilfsangebote für beide Geschlechter zu institutionalisieren.

Über die IG Jungen, Männer und Väter

Die überparteilich agierende IG JVM vereint zahlreiche bundesweit aktive Männer- und Väterinitiativen mit über 1.000 Mitgliedern. Ein besonderes Anliegen ist die Vertretung der Interessen von rund 2,4 Millionen getrennt erziehenden Vätern. Zu den Gründern der Initiative gehören das Forum Soziale Inklusion e. V. (Wasserburg), Düsseldorfer Kreis/Väteraufbruch für Kinder e. V. Köln, Mandat e. V. (Stuttgart/Hamburg), Trennungsväter e. V. (Auerbach/Opf.) und das Väter-Netzwerk e. V. (Stein bei Nürnberg). Die IG JVM hat zwei Positionspapiere mit ihren Forderungen als Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017 formuliert, die den Präsidien aller im Bundestag vertretenen Parteien vorliegen:

- Standpunkte „Familienpolitik“
- Standpunkte „Geschlechterpolitik“

Das komplette Pressematerial finden Sie unter:

http://www.koenig-online.de/pressefach_ig_j_m_v.html

www.ig-jungen-maenner-vaeter.de

Kontakte der Ansprechpartner:

Gerd Riedmeier, Sprecher der bundesweiten IG Jungen, Männer und Väter

1. Vorsitzender Forum Soziale Inklusion e. V. Tel.: +49 (0) 8071/510 99 22, E-Mail:

gerd.riedmeier@forum-social-inclusion.eu

Hartmut Wolters, Düsseldorfer Kreis/Väteraufbruch für Kinder Köln e. V., Tel. 0 22 04 / 959 64 58, E-Mail: vorstand@vafk-koeln.de, www.vafk-koeln.de

Thomas Walter, 1. Vorsitzender Mandat e. V., Tel. 0152 - 286 53 816,

E-Mail: thomas.walter@mandnat.de, www.mandnat.de

Thomas Penttilä, 1. Vorsitzender Trennungsväter e. V. (91275 Auerbach/Oberpfalz),

Telefon: +49 (0) 9643-917141, E-Mail: thomas.penttilae@trennungsvaeter.de

André Rossnagel, 2. Vorsitzender Väter-Netzwerk e. V. (90547 Stein), Tel.

015112444558, E-Mail: andre.rossnagel@vaeter-netzwerk.de

Pressebüro König, Dipl.-Kfm. Josef König, Franz-Xaver-Neun-Straße 6, D-84347

Pfarrkirchen, Telefon +49 (0) 85 61 / 91 07 71, Telefax +49 (0) 85 61 / 91 07 73,

E-Mail: info@koenig-online.de,

Internet: www.koenig-online.de/pressefach_ig_j_m_v.html